

Jahresrückblick 2014

„Schon viel erreicht. Noch viel mehr vor.“



Barrierefreiheit nutzt allen!
Zeichnung: Helga Vazquez

Inhalt

1. Jahresrückblick 2014
2. Terminübersicht
3. Organigramm
4. „Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sicherstellen!“ - Gemeinsames Positionspapier der Landesapothekerkammer und dem Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung – 6. Februar 2014
5. Pressemitteilungen
6. Pressespiegel

„Wir können den Wind nicht verändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“

japanisches Sprichwort

Vorwort

Große Gefühle wie Freud und Leid haben die Menschen mit und ohne Behinderung im Jahr 2014 stark bewegt: „Wir sind Weltmeister!“ - Großer Jubel und unbändige Freude empfanden wir während der Fußball-Weltmeisterschaft der Herren in Brasilien, die mit dem Weltmeistertitel für „Jogis Jungs“ endete. „Wir sind im Weltall!“ – Astronaut Alexander Gerst aus Künzelsau war als Bordingenieur auf der Raumstation ISS und begeisterte uns mit seinen Bildern und Kommentaren über den „blauen Planeten“. Ängste und Sorgen bereiteten uns hingegen die Ausbreitung des Ebola-Fiebers in Westafrika, die bewaffneten Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten. Wir erinnerten uns an den 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges, an den 75. Jahrestag des 2. Weltkrieges sowie an den 25. Jahrestag des Mauerfalls.

Auch in unserem Landesverband gab es viele kleine und großen Ereignisse, die das Jahr 2014 geprägt haben. Unsere Leitfrage war und ist, wie Inklusion auch für Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen im Alltag umgesetzt wird.

Intern bewegt hat uns in 2014 der Umzug unserer LVKM-Geschäftsstelle. Übergangsweise waren wir in einem Bürogebäude im Stuttgarter Westen untergebracht, bevor es nach verspäteter Fertigstellung der neuen Räume

im November 2014 ins „Krokodil“ im Stuttgarter Osten ging.

Die großen inhaltlichen Schwerpunkte des Jahres 2014 waren:

Barrierefreiheit: Barrierefreiheit ist die Basis für die volle Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Im Jahr 2014 wurde die Landesbauordnung geändert, die DIN 18040 als Planungsgrundlage für barrierefreies Bauen eingeführt: www.ziel-barrierefreiheit.de heißt unsere Kampagnenseite mit Praxisbeispielen zur Barrierefreiheit. Unser Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ wurde mit dem Landesinklusionspreis 2014 ausgezeichnet.

Bildung: Wie wird Inklusion in der Schule erfolgreich umgesetzt? Welche Zukunft haben die Sonderschulen in einer inklusiven Schullandschaft?

Gleichstellung: Die Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes wurde zunächst gestoppt und musste in die nächste Runde.

Teilhabe: Wie wird ein neues Bundes-teilhabegesetz aussehen?

Wohnen: Das Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG) löste das bisherige Landesheimgesetz ab – und brachte erhebliche Veränderungen für Menschen mit Behinderungen und Pflege- und Unterstützungsbedarf mit sich.

Wir danken allen, die uns 2014 tatkräftig unterstützt und begleitet haben. Wir brauchen Sie als verlässliche Wegbegleiter und Wegbereiter, als Partner und Freund. Wir zählen weiter auf Sie!

„Alle inklusive – dafür setzen wir uns ein!“

Interne Arbeit

Vorstand

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Hans Ulrich Karg (Bad Schussenried)

Stellvertretender Vorsitzender:

Thomas Seyfarth (KBF, Mössingen)

Schatzmeister:

Armin Bönisch (Schrozberg)

Beisitzer:

Jutta Hertneck (Waiblingen); Christine Kühnau (Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mannheim); Marion Reick-Westphal (Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen mittlerer Oberrhein, Karlsruhe); Rolf Schneider (Körperbehindertenverein Stuttgart, Stuttgart).

Im Berichtsjahr traf sich der Vorstand insgesamt zu fünf Vorstandssitzungen (einschl. zu einer Vorstandsklausur), um die inhaltlichen Schwerpunkte der Verbandsarbeit zu beraten und festzulegen. Der Vorstand befasste sich insbesondere mit folgenden konkreten Themen:

Selbsthilfe stärken: Zukunft und Stärkung der verbandlichen Selbsthilfe, Gewinnung neuer Mitglieder, langfristige Finanzierung der Verbandsarbeit; Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln

Barrierefreiheit: Gemeinsames Positionspapier mit der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg zur Umsetzung der Barrierefreiheit von Apotheken; Öffentlichkeitskampagne zum Europäischen Gleichstellungstag der Menschen mit Behinderungen am 5. Mai – www.ziel-barrierefreiheit.de,

Landesinklusionspreis für unser Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“

Bildungspolitik: die Umsetzung der UN-BRK im vorschulischen und schulischen Bereich mit dem Ziel, die besonderen Belange der Schüler mit hohem Unterstützungsbedarf und deren Platz in einer inklusiven Schullandschaft zu sichern; Wunsch- und Wahlrecht der Eltern behinderter Kinder sicherstellen; Übergabe der Unterschriften zum Erhalt der Sonderschulen als Angebotschulen.

Sozialpolitik: Stellungnahme zur Umsetzung der UN-BRK in Baden-Württemberg und Begleitung der Öffentlichkeitskampagne „DUICHWIR“ (Inklusion); Stellungnahme zum Landesbehindertengleichstellungsgesetz; Stellungnahme zum Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz; Diskussion um das „Sparverbot“ und Mitarbeit in der baden-württembergischen Arbeitsgruppe „Bundesteilhabegesetz“; Fachtag „Persönliches Budget“; Begleitung der Enquetekommission des Landtags zum Thema „Pflege“.

Medienpolitik: Korrekturbedarf der Reform der Rundfunkfinanzierung aus Sicht der Menschen mit Behinderungen; Forderung: Vertretung von Menschen mit Behinderungen im ZDF-Fernsehrat (bei der Neufassung des ZDF-Staatsvertrages).

Weitere Themen betrafen vor allem verbandsinterne Regularien, den (leider abgelehnten) Antrag auf Erhöhung des Landeszuschusses für die Selbsthilfearbeit des Landesverbandes sowie der nochmalige Umzug der Verbandsgeschäftsstelle im November 2014.



Mitgliederversammlung

Im Berichtsjahr fand eine Mitgliederversammlung am 15. November 2014 in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung standen Regularien wie Jahresabschluss 2013, Haushaltsplan 2015 und Entlastung des Vorstandes. Der Vorstand wurde einstimmig für das Geschäftsjahr 2013 entlastet. Der Jahresabschluss 2013 wurde festgestellt und der Haushaltsplan 2015 beschlossen. Die Mitglieder wählten satzungsgemäß einen Wirtschaftsprüfer. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft REVISIO GmbH (Sitz: Ludwigsburg) wird den Jahresabschluss 2014 prüfen.

In seinem mündlichen Bericht verwies der Vorstand auf den schriftlichen Jahresrückblick 2013 „Alle inklusive – dafür setzen wir uns ein!“ Wichtigstes Thema war die Bildungspolitik und die Empfehlung der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, die u.a. vorgeschlagen hatte, den eigenständigen Studiengang „Lehramt Sonderpädagogik“ ersatzlos zu streichen. Der Landesverband lehnte dies vehement ab und beteiligte sich an einer verbandsübergreifenden Resolution. Der Protest zeigte Erfolg und die Landesregierung erklärte, den eigenständigen Studiengang zu erhalten und zusätzlich Sonderpädagogik in die allgemeine Lehrerbildung aufzunehmen. Ein „Dauerbrenner“ war zudem die angekündigte Umsetzung des gemeinsamen (zielfferenten) Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung und der Veröffentlichung der ersten Eckpunkte für die Änderung des Schulgesetzes.

Bereits im öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung am Vormittag standen die Neuerungen im „Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe

und Pflege (WTPG)“ sowie in den Pflegegestärkungsgesetzen im Mittelpunkt. Den Impulsreferaten schlossen sich intensive Diskussionen zur Umsetzung an. Dabei wurde erneut deutlich, dass in beiden Gesetzen vorrangig die Belange der älteren pflegedürftigen Menschen berücksichtigt sind. Daher ist es im Einzelfall oft schwierig, sofort die zutreffenden Antworten im Blick auf die Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen zu geben.

Erwähnt wurden ferner der „Tag der Menschen mit Behinderungen im Landtag“, die Umsetzung der Zielvereinbarung mit dem Sparkassenverband Baden-Württemberg sowie das Lese-/Hörbuch „Meine Geschichte, Deine Geschichte“ als Baustein des Projekts „Hinter dem Horizont geht's weiter ...“.

Die Mitgliederversammlung lebt in besonderem Maße vom Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Mitgliedsorganisationen untereinander und mit dem Landesverband.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Mitgliedsorganisationen“ gibt es Raum, um Einblicke in die Arbeit der anderen zu erhalten.

Mehrere Mitgliedsorganisationen berichteten von den Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte für die unterschiedlichen Angebote zu finden. Vor allem für zusätzliche Freizeitaktivitäten fehlen immer häufiger Assistenzkräfte. Ein Wegfall solcher Angebote bedeute zugleich eine Reduzierung der Lebensqualität für Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Hilfebedarf – und erschwere somit auch Inklusion.

Zu berichten gab es über runde Jubiläen einzelner Mitgliedsorganisationen sowie Maßnahmen zur Werbung neuer Mitglieder. Viele Vertreter der Mitgliedsorganisationen äußerten die Sorge, dass Inklusion als „verstecktes Sparprogramm“ falsch verstanden werde und damit Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen zunehmend aus dem Blickfeld geraten. Erfreulich sei, dass in den letzten Jahren zunehmend Freizeitangebote für Menschen mit und ohne Behinderung entstanden, doch vielfach werden Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf von der Teilhabe ausgeschlossen. Dies sei mit den Zielen der UN-BRK nicht vereinbar. Mit dieser Sorge verknüpft wurde die Erwartung an den Landesverband, sich intensiv in die jeweiligen Debatten einzumischen und nachhaltig die Interessen der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen und deren Familien zu vertreten, denn: Inklusion ist unteilbar!

Arbeitskreise

Das Konzept der Arbeitskreise, die für einzelne Themenfelder initiiert wurden, hat sich bestens bewährt. Vertreter und Vertreterinnen der Ortsvereine arbeiten intensiv und engagiert an der Entwicklung fundierter Positionen zu den vielfältigen Themenbereichen. Die Arbeitskreise stehen allen Interessierten zur Mitarbeit offen.

Im Berichtsjahr gab es folgende Arbeitskreise:

AK Kindergarten

Im Arbeitskreis arbeiten pädagogische Fachkräfte aus Schulkindergärten eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich

im Berichtsjahr nur ein Mal. Fester Bestandteil der Treffen ist der Erfahrungsaustausch untereinander. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage „alle inklusive – auch in der Kleinkindgruppe und in der Kindertagesstätte?“ Welche Bedingungen brauchen Kinder mit schweren Behinderungen in vorschulischen Einrichtungen? Was wiegt mehr: inklusive Betreuung mit Förderung „light“ oder qualifizierte Betreuung und Förderung im Schulkindergarten? Wie können Eltern die für sie und ihr Kind richtige Entscheidung treffen?

Erstmals seit Jahren konnte keine Schulkindergartenkonferenz organisiert werden. Es war – u.a. auch bedingt durch den bevorstehenden Umzug – nicht möglich, einen geeigneten Termin zu finden.

AK Schule

Im Arbeitskreis arbeiten Eltern und pädagogische Fachkräfte aus Schulen eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtsjahr ein Mal zu einem halbtägigen Treffen sowie zu einer zwieltägigen Klausurtagung.

„Alle inklusive - welche Schule ist die richtige?“ Diese Frage ist die zentrale Leitfrage des Arbeitskreises. Eltern sind verunsichert. Sie wollen einerseits eine gute Förderung ihres Kindes und andererseits soviel Normalität wie möglich. Doch viele Schulgebäude sind nicht barrierefrei, haben keine Sonderpädagogen, bieten keine Hilfsmittelversorgung oder weitere notwendige Unterstützungsangebote. Deshalb drängen viele Eltern auf den Erhalt ihres Wunsch- und Wahlrechtes bzgl. Sonderschule und Regelschule. Auf dieser Basis entwickelte der Arbeitskreis ein Tagungskonzept zur schulischen Inklusion.

Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen

Für die Weiterentwicklung seiner Arbeit ist der Landesverband auf eine enge, dialogorientierte Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen angewiesen. Da alle Mitgliedsorganisationen per e-Mail erreichbar sind, werden inzwischen fast alle Informationen ausschließlich auf elektronischem Wege übermittelt. So wird eine deutlich höhere Aktualität der Informationen erreicht.

Schriftliche Informationen können den persönlichen Kontakt zwischen dem Landesverband und den Mitgliedsorganisationen nur sinnvoll ergänzen, aber nicht ersetzen. Infoabende für Eltern, Teilnahme an Jubiläen (z.B. 50 Jahre Lebens-Heimat Löffingen-Reiselfingen, 50 Jahre Körperbehinderten-Verein Stuttgart, 50 Jahre Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mannheim, 40 Jahre Spastikerverein Lörrach, 40 Jahre Konrad-Biesalski-Schule Wört, Abschlusskonzert zum 40-jährigen Vereinsjubiläum des Körperbehindertenvereins Ostwürttemberg in Aalen) und vieles mehr bieten gute Gelegenheit, Kontakte zu vertiefen – ganz im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist im ständigen Dialog mit den Mitgliedsorganisationen und vielen Mitgliedsfamilien, aber auch mit dem Landtag, der Landesregierung sowie mit vielen Verbänden und Behörden. Der Landesverband wird als kompetente Anlauf- und Beratungsstelle geschätzt. Die vielfältigen Arbeitskontakte erleichtern eine effektive sozialpolitische Interessensvertretung für

Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung und ihrer Familien.

Die meisten Erstkontakte ergeben sich über das Internet. Viele Betroffene suchen dort eine Lösung ihres Problems und finden dabei das umfassende und aktuelle Informationsangebot des Landesverbandes. Inzwischen kommen Anfragen nicht nur per E-Mail sondern verstärkt auch über Facebook. Gleichwohl kommen immer mehr Anfragen aufgrund von Weiterempfehlungen.

Die meisten Anfragen von Menschen mit Behinderung und ihren Familien befassen sich mit der praktischen Umsetzung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, der Kranken- und Pflegeversicherung (Hilfsmittelversorgung, Wundversorgung, Verhinderungspflege) wie die Suche nach geeigneten familienentlastenden Angeboten oder die barrierefreie Umgestaltung der eigenen Wohnung sowie deren Finanzierung. Oft geht es auch um die Frage, welche Schule die richtige ist. Insgesamt klagen viele Familien über die hohen bürokratischen Hürden bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie fürchten zudem den Aufwand, sich ggf. mit Unterstützung eines Rechtsbeistandes ihre Rechte gerichtlich einzufordern.

Die fachliche Begleitung von Bauprojekten in Sachen Barrierefreiheit ist ein weiterer Schwerpunkt in der Geschäftsstelle. Der Landesverband hat ein großes Expertenwissen gesammelt und hat sich so einen guten Ruf als Beratungsstelle für barrierefreies Bauen erworben. Regelmäßig suchen Architekturbüros – aber auch Bauherren und einzelne Baurechtsbehörden - Rat bei der praktischen Umsetzung von

Barrierefreiheit bei Bauplanungen kleinerer und größerer Objekte.

Alle reden von Inklusion – wir auch. In den Medien wird inzwischen verstärkt über das Leben mit Behinderung berichtet. Doch stehen dabei meist nicht die besonderen Belange der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen im Mittelpunkt. Daher ist es nach wie vor schwierig, die Themen, die für die Mitglieder unseres Landesverbandes wichtig sind, in Zeitungen, Fernsehen oder Hörfunk zu platzieren. Deshalb bewährt sich, dass der Landesverband mit seiner Internetseite, Audiobeiträgen, Newsletter und facebook eigene Gefäße geschaffen hat, um Informationen und Sichtweisen des Landesverbandes einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Dazu trägt auch der Ivkm-newsletter wesentlich bei.

Im Berichtsjahr war das Sekretariat mit zwei Teilzeitmitarbeiterinnen (insgesamt 0,7 Vollkräfte) besetzt. Diese unterstützen die hauptamtliche Geschäftsführerin (insgesamt 1,0 Vollkraft). Die Gehaltsabrechnung als auch die Finanzbuchhaltung werden extern erledigt.

Die Vielfalt der Aufgaben und deren Komplexität steigen seit Jahren kontinuierlich. In 2014 musste beispielsweise zusätzlich die Umstellung der Finanzbuchhaltung auf SEPA bewältigt werden. Die personellen Ressourcen sind seit 2005 unverändert. Nur durch das enge und gute Zusammenwirken zwischen der Geschäftsstelle und dem ehrenamtlichen Vorstand sowie durch Unterstützung einzelner Honorarkräfte (v. a. bei Tagungen und Seminaren) war es möglich, die Aufgaben zeitnah und kompetent zu erfüllen.

Umzug

Im November 2014 stand ein erneuter Umzug der Geschäftsstelle an – der zweite innerhalb eines Jahres. Ein Jahr lang war der Landesverband übergangsweise im Stuttgarter Westen beheimatet bis zur Fertigstellung der neuen Räumlichkeiten im Stuttgarter Osten, im sog. Baur-Areal.



Schwabstraße 55 - Übergangslösung

Auch zum Zeitpunkt des Umzugs gab es noch große und kleine Baustellen – beispielsweise wurde die endgültige Beleuchtung erst wenige Tage vor Weihnachten montiert...



Am Mühlkanal 25 - beim Umzug leuchtete vor allem der Baustellencharme ...

Die räumliche Nähe zum Körperbehinderten-Verein Stuttgart ergibt im Alltag

viele Synergien in der Zusammenarbeit für beide Partner.

Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahlen zum 31.12.2014 auf einen Blick:

40 (Vorjahr: 39) Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 3.414 (Vorjahr: 3.576) Einzelmitgliedern bzw. Familien mit behinderten Kindern sowie 5.238 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (inkl. BUFDI, Praktikanten und FSJler). 15 Einzelpersonen (Vorjahr: 13) sowie ein Verein unterstützen mit ihrer Fördermitgliedschaft die Arbeit unseres Landesverbandes.

Im Laufe des Berichtsjahres trat eine Organisation dem Landesverband bei: Nikolauspflege gGmbH (Mannheim / Weinheim).

Finanzen



Ziel des Landesverbandes war und ist es, möglichst einen ausgeglichenen Jahresabschluss vorzulegen.

Dies ist trotz eines intensiven Werbens um Fördermittel und Spenden im Berichtsjahr 2014 nicht gelungen. Insbesondere konnten Spenden nicht in

dem Umfang wie geplant und erhofft eingeworben werden.

Im Einzelnen:

Förderung durch das Land Baden-Württemberg

Ein wichtiger Grundpfeiler für die Finanzierung der umfangreichen Beratungsarbeit in der Selbsthilfe stellt die institutionelle Förderung unverändert in Höhe von 46.000 Euro durch das Land Baden-Württemberg dar. Ein Antrag des Landesverbandes auf eine Erhöhung des Zuschusses hat das Sozialministerium mit Blick auf die Haushaltslage des Landes abgelehnt. Gleichwohl hat die Ministerin in ihrem Schreiben ihre Wertschätzung über die Arbeit des Landesverbandes zum Ausdruck gebracht. Die Landesförderung ist als eine sog. „Freiwilligkeitsleistung“ im Staatshaushaltsplan des Sozialministeriums verankert. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht.

Selbstverpflichtung zur Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit

Der Landesverband verpflichtet sich zur Wahrung von Neutralität und Unabhängigkeit der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zum Umgang mit Wirtschaftsunternehmen bei gleichzeitiger Förderung durch die Krankenkassen und hat eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Diese ist eine Voraussetzung für die Förderung durch die gesetzlichen Krankenkassen.

Selbsthilfeförderung durch die gesetzliche Krankenversicherung

Seit 2008 gibt es mit § 20 c SGB V eine gesetzliche Grundlage zur Förderung der gesundheitsbezogenen

Selbsthilfe. Die gesetzlichen Krankenkassen sind verpflichtet, 0,56 Euro / Versicherten für die Selbsthilfe auszugeben. Mindestens die Hälfte soll in die kassenartübergreifende Gemeinschaftsförderung fließen. Sie soll zudem wettbewerbsneutral erfolgen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben sich in einer Arbeitsgemeinschaft „GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe Baden-Württemberg“ zusammengeschlossen. Mitglieder der ARGE sind: AOK Baden-Württemberg, BKK Landesverband Süd, Verband der Ersatzkassen (vdek), IKK Classic, Knappschaft Regionaldirektion München, Landwirtschaftliche Krankenkasse. Aus den Mitteln der Gemeinschaftsförderung hat der Landesverband eine institutionelle Förderung von 22.000 Euro erhalten. Diese Selbsthilfeförderung ist für den Landesverband eine wichtige Säule zur Finanzierung.

Zusätzlich hat der Landesverband eine individuelle Förderung des BKK Landesverbandes Süd für das Projekt „Krafttankstellen Elterntreffen“ in Höhe von 1.000 Euro erhalten. Die DAK förderte das Projekt „Hauptsache gesund!“ mit 1.000 Euro. Dieses wurde auf das Jahr 2015 übertragen.

Förderung durch die Aktion Mensch

Aktion Mensch förderte im Berichtsjahr mit insgesamt 17.766,61 Euro (Vorjahr: 11.310,85 Euro) Projekte des Landesverbandes, insbesondere die Fachtagung „Alle inklusive?! Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“, die Dokumentation der Fachtagung 2013 zum Thema „... so wollen WIR wohnen!“ sowie die Aktion zum Europäischen Protesttag am 5. Mai „Schon viel erreicht. Noch viel mehr

vor.“ Dabei stand das Thema „Barrierefreiheit“ im Mittelpunkt.

Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung GmbH

Im Rahmen des Programms „Förderung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von älteren Menschen mit Behinderung“ fördert die Landesstiftung Baden-Württemberg das Projekt „Hinter dem Horizont geht's weiter – was kommt nach den Eltern?“ Im Berichtsjahr wurde das Hörbuch „Meine Geschichte, Deine Geschichte“ fertig gestellt. Die Baden-Württemberg Stiftung hat das Projekt im Berichtsjahr mit insgesamt 7.322,46 Euro gefördert.

Bußgeld

Im Berichtsjahr gingen keine Bußgelder ein.

Spenden

Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist ungebrochen. Bundesweit wurden rund 5,0 Milliarden Euro gespendet. Dies geht aus der GfK-Studie „Bilanz des Helfens“ hervor, die der Deutsche Spendenrat am 11. März 2015 vorstellte. Rund 22,4 Millionen Menschen spendeten demnach an gemeinnützige Organisationen. Deutlich an Bedeutung zugenommen haben Spenden für die Bereiche Krankheit und Behinderung auf lokaler und nationaler Ebene. Leider konnte der Landesverband selbst von diesem Trend nicht profitieren.

Die Spendeneinnahmen im Berichtsjahr stagnieren und lagen bei insgesamt 20.734,44 Euro (Vorjahr: 20.954,76 Euro). Darin enthalten sind zweckgebundene Spenden in Höhe von 7.500,00 Euro (DATEV Weih-

nachtsspende) für die umzugsbedingten Ausgaben für die Ausstattung der Beratungsstelle. Im Übrigen ist festzustellen, dass fast ausschließlich Einzelpersonen den Landesverband unterstützen. Für diese kontinuierliche Unterstützung sind wir sehr dankbar. Diese freiwillige Unterstützung gibt Rückhalt und zeigt, dass viele Menschen die Arbeit des Landesverbandes wertschätzen.

Die Möglichkeit, via Internet dem Landesverband eine Spende zukommen zu lassen – die Datenübertragung erfolgt verschlüsselt – wurde im Berichtsjahr 2014 nur vereinzelt genutzt.

Der Landesverband informiert mit seinem Infomagazin „rolli-aktiv“ zwei Mal im Jahr Mitglieder als auch den Freundeskreis über seine Arbeit. Die wesentlichen Finanzzahlen werden im Jahresrückblick veröffentlicht. Der Landesverband ist berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden auszustellen.

Erbschaften und Vermächtnisse

Im Berichtsjahr hat der Landesverband keine Erbschaften oder Vermächtnisse erhalten.

Eigenmittel

Umgesetzt wurde der Vorstandsbeschluss vom Januar 2002, Entgelte für Serviceleistungen (Referententätigkeit der Geschäftsführerin) des Landesverbandes (erbracht durch die Geschäftsführerin) an Dritte zu erheben. Im Berichtsjahr wurden 1.584,72 Euro (Vorjahr: 922,50 Euro) eingenommen.

Erstmals seit 1997 wurden die Mitgliedsbeiträge zum 1. Januar 2014 erhöht. Dieser Schritt war notwendig ge-

worden, um vor allem die mit dem Umzug verbundenen deutlich höheren Mietkosten finanzieren zu können. Bei Seminaren werden moderate Teilnehmerbeiträge erhoben. Die Mietpreise für die Ferienhäuser in Spanien entsprechen der ortsüblichen Höhe. Menschen mit Behinderung (Mitglieder) werden Sonderkonditionen eingeräumt. Der Landesverband bemüht sich, seine Arbeit aus unterschiedlichen Quellen zu finanzieren, um Abhängigkeiten zu vermeiden und mögliche Schwankungen auszugleichen. Gezielt werden sämtliche eigene Finanzierungsmöglichkeiten genutzt. Dazu zählen auch die Kooperation mit anderen Organisationen bei der Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Fachtagung „Wie geht es weiter mit dem persönlichen Budget?“) sowie die Einwerbung von Projektmitteln.

Rechnungslegung und Revision

Die Stuttgarter Steuerberatungsgesellschaft Kruse & Partner GmbH erledigt mit Hilfe von DATEV die Buchhaltung des Landesverbandes. Die Personalbuchhaltung erfolgt durch die Firma Solvenius Personal- & Zeitwirtschaft mit Sitz in Stuttgart. Laut Satzung wird die Rechnungslegung von drei von der Mitgliederversammlung gewählten ehrenamtlichen Kassenprüfern (Joachim Haas, Hans-Peter Hipp, Achim Hoffer) geprüft. Zusätzlich sieht die Satzung die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer vor. Die Mitgliederversammlung beauftragte erneut Wirtschaftsprüfer Wolfgang Grundmann (Ludwigsburg) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.



„Bienvenidos“: Urlaub für alle

In seiner Satzung verpflichtet sich der Landesverband, „Freizeitmöglichkeiten zu schaffen und geeignete Einrichtungen zu unterhalten.“

Solche geeigneten Ferieneinrichtungen unterhält der Landesverband seit den 70er Jahren in Form eines Strandbungalows sowie zweier Ferienhäuser für Familien mit behinderten Angehörigen im Club Tropicana in Roquetas de Mar / Südspanien. Informationen und Buchungen erfolgen über die Geschäftsstelle des Landesverbandes.

Die Region um Roquetas de Mar verzeichnet etwa 330 Sonnentage im Jahr und ist daher bei Urlaubern sehr beliebt. Die touristischen Ziele (u.a. Strandpromenade) sind barrierefrei.

Die Belegung 2014 der Ferienhäuser auf einen Blick:

Monat	Bungalow 27	Haus 31	Haus 32
Januar	31	31	17
Februar	28	28	28
März	31	31	27
April	7	0	0
Mai	0	0	0
Juni	0	0	0
Juli	16	24	14
August	16	15	6
September	5	7	7
Oktober	20	3	0
November	30	4	0
Dezember	18	0	0
SUMME	202	143	99
(Vorjahr:)	(180)	(128)	(102)
Auslastung	55,3 %	39,2 %	27,1 %

II. Tagungen, Seminare & Veranstaltungen

Hinter dem Horizont geht's weiter - was kommt nach den Eltern?



Das innovative Projekt wird gefördert von der Baden-Württemberg Stiftung im Programm „Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung“. Die wissenschaftliche Begleitforschung übernimmt Prof. Dr. Helmut Mair (Westfälische Wilhelms-Universität Münster).

Im Frühjahr 2014 erschien das Hörbuch „Meine Geschichte, Deine Geschichte“. Auf insgesamt zwei CDs sind alle Geschichten aus dem Leben von Menschen mit Behinderung nun zum Anhören (das Lesebuch erschien bereits im Dezember 2013).

Im Berichtsjahr 2014 traf sich die Projektgruppe insgesamt sechs Mal zum Austausch und zum Erarbeiten der noch ausstehenden Arbeitsmaterialien.

Fachtag Persönliches Budget: Wie geht es weiter mit dem Persönlichen Budget in Baden- Württemberg? Bestandsauf- nahme - Bewertung - auf dem Weg zur Optimierung

3. Juni 2014 in Stuttgart

„Persönliches Budget ist ein sichtbares Zeichen gelebter Inklusion und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung.“ Davon ist Gerd Weimer, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen überzeugt. Persönliches Budget bedeutet, dass Menschen mit Behinderung statt einer Sachleistung Geld erhalten, mit dem sie ihre notwendigen Hilfen selbst organisieren und zahlen können. Der Landesbehindertenbeauftragte hatte gemeinsam mit dem Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg, dem Landesverband der Lebenshilfe Baden-Württemberg, dem Paritätischen Baden-Württemberg und dem Stuttgarter Zentrum selbstbestimmt Leben zu einer Tagung nach Stuttgart eingeladen.

Rund 150 Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Vertreter der Behindertenselbsthilfe, der Verwaltung und von Einrichtungen der Behindertenhilfe kamen, um Erfahrungen mit dem Persönlichen Budget auszutauschen und Empfehlungen für notwendige Verbesserungen zu geben. Denn: „Das Persönliche Budget ist eine ganz schön komplizierte Sache. Das muss einfacher werden.“

Fünf Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und sechs Jahre seit Einführung des Rechtsanspruchs auf das Persönliche

Budget ist das Persönliche Budget noch immer die Ausnahme und nicht die Regel bei der Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Deutlich anders sieht die Situation in Rheinland-Pfalz aus. Der Weg bis zum Persönlichen Budget ist mitunter holprig und langwierig. Auch die Verwaltung des Budgets ohne Unterstützung ist für viele Menschen mit Behinderungen ein Hindernis.

Die Teilnehmer der Tagung forderten daher erneut eine unabhängige Budgetassistenz, eine gute Beratung von Anfang an und Hilfe bei der Abrechnung und Verwaltung des Budgets. Große Hoffnungen auf Verbesserungen setzen die Teilnehmer daher auf das geplante Bundesteilhabegesetz, das zum 1. Januar 2017 kommen soll.

Städtetour AKTION MENSCH

15. Juli 2014 in Bad Saulgau

Gemeinsam mit Paralympics-Goldmedaillengewinnerin Andrea Rothfuss tourte AKTION MENSCH im Rahmen einer Sommertour durch die Republik, um besondere Förderprojekte vor Ort zu besuchen. Am 15. Juli 2015 machte der Tourenbus Station in Bad Saulgau. Die Stadt im Landkreis Sigmaringen zählte zu den Gewinnern im Wettbewerb „Gesucht: barrierefreie Gemeinde in Baden-Württemberg 2012“, den unser Landesverband ausgelobt hatte. Der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Bad Saulgau, Michael von Beek, führte die Gäste durch die Stadt und zeigte, wie umfassend in Bad Saulgau Barrierefreiheit umgesetzt wird.

„Kunst als Brücke“

2. landesweiter Kunstpreis für Menschen mit Behinderungen



1. Preis: Das Nilpferd (Heide Rumm)

Kräftige Farben, abstrakte Arbeiten und detailgetreue Zeichnungen – mit kreativen, fantasievollen und motivierenden Ideen zeigen die 47 ausgestellten Einsendungen neue, interessante Perspektiven. Aus rund 420 Einsendungen hat eine fachkundige Jury drei Preisträger und 47 Exponate ausgewählt. Die feierliche Preisverleihung am 16. Juli 2014 im Landratsamt Böblingen im Beisein der Schirmherrin, Sozialministerin Katrin Altpeter, war für die Künstler mit Behinderung und ihre Gäste etwas ganz besonderes. Drei Wochen lang waren die Werke im Landratsamt Böblingen während der üblichen Öffnungszeiten für alle zugänglich. Kunst kann Brücken bauen.

Bereits zum zweiten Mal lobte das Böblinger „Kulturnetzwerk blaues

Haus“ in Kooperation mit Caritas, Diakonie sowie den Landesverbänden der Lebenshilfe und der Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung einen landesweiten Kunstpreis für Menschen mit Behinderungen aus. Mehr Infos dazu gibt es unter <http://www.kunstalsbruecke.de/>

„Miteinander in der Vielfalt“ bei der Landesgartenschau 20. Juli 2014 in Schwäbisch Gmünd

Erneut hieß es „Miteinander in der Vielfalt“ bei einem gemeinsamen Aktionstag der LAG SELBSTHILFE und dem Sozialministerium Baden-Württemberg bei der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd. Bei strahlendem Sonnenschein präsentierten sich die Selbsthilfeverbände bei der „Straße der Selbsthilfe“ und bei Aktionen zum Mitmachen. Selbstverständlich war unser Landesverband mit einem eigenen Infostand dabei – Seite an Seite mit dem Körperbehindertenverein Ostwürttemberg (Aalen). Wer wollte, konnte eine Testfahrt durch das „Erdenreich“ mit dem Velo-Plus²-Rollstuhltransporter des KBVO erleben. Damit können auch Rollstuhlfahrer an Radausflügen teilnehmen. Mitglieder können das Velo-Plus² ausleihen.

„Alle inklusive?! Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“

23. September 2014 in Stuttgart

Schulzeit vorbei – und dann? Spätestens gegen Ende der Schulzeit fragen sich Schüler mit und ohne Behinde-

rung sowie deren Eltern, wie es beruflich nach der Schule weitergeht. Über 100 Teilnehmer aus ganz Baden-Württemberg nahmen an der gemeinsamen Tagung des Landesverbandes und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart teil. AKTION MENSCH unterstützte die Tagung finanziell.

„Arbeit ist ein Menschenrecht. Es ist ein Ausdruck der Menschenwürde“, davon ist der ehemalige Betriebsseelsorger Paul Schobel überzeugt. „Arbeit gehört zum Mensch-Sein.“ Schobel hat in seiner langen Berufslaufbahn die Erfahrung gemacht, dass es schwer behinderte Menschen besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben. Doch jammern hilft nicht weiter. Schobel rief die Anwesenden daher dazu auf, sich über ihre Rechte zu informieren und diese wahrzunehmen. „Bleiben Sie nicht allein zuhause, suchen Sie die Vernetzung innerhalb eines starken Verbandes und wehren Sie sich!“

„Potenziale nutzen!“ lautet das Motto der Industrie- und Handelskammern (IHK). Branko Schmidt-Bachaly stellte ein Modell der IHK Nordschwarzwald vor, wie Inklusion erfolgreich umgesetzt werden kann. In Kooperation mit Unternehmen und Werkstätten für behinderte Menschen werden im Nordschwarzwald Menschen mit Behinderungen gezielt für Arbeitsplätze in Unternehmen vorbereitet. „Die IHK tritt dabei als Vermittler und Drehscheibe für Beratung und Information auf“, so Schmidt-Bachaly. Er räumt ein, dass der drohende Fachkräftemangel die Unternehmen erfinderisch macht und die Bereitschaft erhöht, Menschen mit Behinderungen verstärkt in den Unternehmen einzugliedern. In Einzelfällen wurden und werden auch „Arbeitsplätze erfunden“.

„Wir brauchen einen voraussetzungslosen Zugang zur Arbeit“, sagt Professor Dr. Karin Terfloth von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. „Arbeit ist weder ein Gegenstand noch ein Zustand, sondern vielmehr als ein Prozess greifbar.“ Im Forschungsprojekt „SITAS – Sinnvolle produktive Tätigkeit für Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung zur Partizipation am sozialen und kulturellen Leben“ hat sie gemeinsam mit ihren Kollegen Wolfgang Lamers und Ines Prokop die Arbeitssituation behinderter Menschen in Tagesförderstätten untersucht. In vielen Tagesförderstätten bzw. Förder- und Betreuungsgruppen wird viel zu wenig Wert auf berufliche Bildung und ein berufliches Arbeitsangebot gelegt. Vielfach stehe – aus verständlichen Gründen – Pflege und Ernährung im Vordergrund. Terfloth zeigt an Beispielen auf, wie wichtig es auch für Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen ist, an Arbeitsprozessen beteiligt zu sein. Entschieden plädiert sie für die Abschaffung der gesetzlichen Regelung, die Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen vom Arbeitsleben ausschließt. Dies stehe in krassem Gegensatz zu den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention. Es ist ein gesellschaftlicher Auftrag, die Handlungskompetenz der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen zu ermitteln und ihnen eine sinnstiftende Arbeit zu ermöglichen.

Freimütig erzählte Armin Bönisch aus Schrozberg, Vater eines behinderten Sohnes über seine Gedanken. „Mein Sohn wollte nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten. Und ich wollte Sicherheit für ihn. Ich wollte, dass er kranken- und sozialversichert ist, später eine gute Altersversorgung hat, damit meine Frau und ich beruhigt

sterben können.“ Fabian Bönisch hat sich durchgesetzt. Er arbeitet inzwischen in einem ganz normalen Unternehmen und gehört dort selbstverständlich dazu. „Ich bin ein Kollege wie alle anderen auch!“ Das Unternehmen hat einen Arbeitsplatz „erfunden“. Fabian war ein Türöffner. Inzwischen wurden weitere Arbeitsplätze für Menschen mit schweren Behinderungen geschaffen. „Es geht!“ sagen Vater und Sohn übereinstimmend.

„Wir brauchen Zeit und Geduld, dann können wir eine ganze Menge“, sagt Clarissa Knittel aus Reutlingen. Sie arbeitet im Buchladen der LWV-Eingliederungshilfe. Sie bringt es auf den Punkt. „Ich fühle mich wohl. Ich habe viele Hilfsmittel, die extra entwickelt wurden und die mir das Arbeiten erst ermöglichen.“ Arbeit gibt ihrem Alltag eine Struktur. „Wir wollen unseren Arbeitsplatz aussuchen und auch mal wechseln können wie andere auch“, meinen Patrick Thurn und Peter Maier aus Stuttgart. Im Unterschied zum allgemeinen Arbeitsmarkt können Mitarbeiter von Werkstätten für behinderte Menschen oder von Tagesförderstätten nicht „einfach so“ ihren Arbeitgeber wechseln.



Die ausführliche Dokumentation der Fachtagung gibt es seit Herbst 2015 als Broschüre und als pdf-Datei zum download unter http://www.lv-koerper-behinderte-bw.de/pdf/Dokumentation_Arbeiten_WEB.pdf

„Krafttankstelle Elterntreffen - gemeinsam stark sein“

Elterntreffen von körper- und mehrfachbehinderten Kindern

Alle inklusive – was bedeutet dies für Kinder und Jugendliche mit schweren und mehrfachen Behinderungen und deren Familien im Alltag? Die Sorge, dass ihre Kinder an den Rand gedrängt werden, zur „nicht inkludierbaren Restgruppe“ zählen, treibt die Eltern um. Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulen werden inklusiv – doch nur selten finden Kinder mit schweren Behinderungen und hohem Hilfebedarf dort einen Platz. Die Familien geraten an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Deshalb ist der Austausch untereinander so wichtig. Bei den Treffen im Jahr 2014 wurden weniger konkrete Checklisten ausformuliert, sondern vielmehr persönliche Erfahrungen ausgetauscht. Viele Teilnehmer berichteten, dass dieser Austausch für ihren Alltag „Gold wert“ sei. Es ist das Verständnis untereinander, das den Erfolg der Treffen ausmacht. Inzwischen ist ein loses – aber aktives - Netzwerk der Elternbeiräte der Schulen für Körperbehinderte entstanden. Elternselbsthilfe lebt vom Mitmachen.

Der Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg (BKK) unterstützte die Elterntreffen im Rahmen der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe.

Wohnstättenkonferenzen

Ziel der Wohnstättenkonferenzen ist, den Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungsträgern von Wohnstätten für körper- und mehrfachbehinderte Menschen zu intensivieren – unabhängig von der Trägerschaft. Im Berichtsjahr hat der Landesverband zu zwei Treffen eingeladen: Etwa 15 Vertreter von Wohnstätten nehmen durchschnittlich an den Wohnstättenkonferenzen teil.

III. Publikationen & Öffentlichkeitsarbeit

Infomagazin „rolli-aktiv“



ROLLI-aktiv
Infomagazin des Landesverbandes für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg
Ausgabe 34 | August 2014

■ Ausgezeichnet
Voll auf Touren
Wandern mit dem Rollstuhl

Berlin/Stuttgart, Juli 2014. Scheint die Sonne, es ist ein Ausflug in die Natur. Im Schwarzwald, auf der Seebühnen-Alb oder am Bodensee: Inwiefern viele Wanderwege zu kleinen und großen Touren ein. Welche Wege sind barrierefrei?



„Inklusiv und Teilhabe lässt sich nicht per Gesetz vorordnen. Es muss in die Köpfe und Herzen der Menschen. Als einen Schlag ins Gesicht nehme ich manche Erzählungen verworbener Eltern wahr: die Beschwerde eines Traktors, dass der Sonderfahrdienst beim Abholen des behinderten Kindes für wenige Minuten die Garage ausfüllt blockiert. Oder das regelmäßige Hin- und Herfahren zur Finanzierung der Schließstanz, ein echter „Spielruheplatz“.“

Für Rollstuhlfahrer oder gelähmte Menschen kann der Ausflug vorsehnen enden. Steinsige Pfade, Stufen, Wurzel oder steile Anstiege werden zum unüberwindlichen Hindernis. Damit das nicht passiert, gibt die Internetseite www.rolli-

Der Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ steht in diesem Jahr im Zeichen des Mottoes „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“. Damit weitestgehend inaktive, Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank

„Inklusiv und Teilhabe lässt sich nicht per Gesetz vorordnen. Es muss in die Köpfe und Herzen der Menschen. Als einen Schlag ins Gesicht nehme ich manche Erzählungen verworbener Eltern wahr: die Beschwerde eines Traktors, dass der Sonderfahrdienst beim Abholen des behinderten Kindes für wenige Minuten die Garage ausfüllt blockiert. Oder das regelmäßige Hin- und Herfahren zur Finanzierung der Schließstanz, ein echter „Spielruheplatz“.“

„Voll auf Touren - Wandern mit dem Rollstuhl“

In unserer Sommerausgabe Nr. 34 freuten wir uns über zwei Auszeichnungen, die unser Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ erhalten hat. So bekamen wir den Landesinklusionspreis

als auch die Anerkennung als „Ort im Land der Ideen“ im bundesweiten Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“, der in 2014 das Motto „Innovationen querfeldein – ländliche Räume neu gedacht“ hatte. Wir berichteten ferner über unsere Kampagnenseite www.ziel-barrierefreiheit.de, mit der wir für eine umfassende Barrierefreiheit werben. Wir berichteten ferner über die Städtetour der AKTION MENSCH, die Station machte in Bad Saulgau, da die Stadt als „barrierefreie Gemeinde“ von uns ausgezeichnet wurde. Ferner wurde das gemeinsame Positionspapier unseres Landesverbandes und der Landesapothekerkammer zur Barrierefreiheit vorgestellt. „Fahrrad2go“ ist ein innovatives Projekt in Waiblingen, bei dem technische Neuerungen zur Beförderung von Fahrrädern und Rollstühlen im Bus in der Praxis getestet werden soll.

Neben den vielen Projekten zur Barrierefreiheit berichten wir ausführlich über die geplanten Neuerungen im Bereich Bildung. So kommentierten wir die Eckpunkte für ein inklusives Schulgesetz und äußerten die Sorge, ob dadurch ggf. den Sonderschulen die Abschaffung durch die Hintertür drohe.

Wir berichteten über das neue Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG), über eine gemeinsame Tagung mit anderen Verbänden und dem Landesbehindertenbeauftragten zum Persönlichen Budget sowie über unsere geforderten Korrekturen beim Rundfunkbeitrag für Menschen mit Behinderungen.





ROLLI-aktiv

Infomagazin des Landesverbandes für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg

Ausgabe 35 | Dezember 2014

Liebe Leserin, lieber Leser, „schon viel erreicht. Noch viel mehr vor!“ Dieses Motto der AKTION MENSCH zu deren 50-jährigem Jubiläum gilt auch – und erst recht – für uns. Gemeinsam haben wir Vieles erreicht wie z.B. das Recht auf Bildung für alle Kinder. Es waren die Gründungsjahre unseres Verbandes, die sich in den 1960er Jahren intensiv für den Aufbau von Frühen Hilfen, Schulkindergärten und Sonderschulen engagierten, damit Kinder mit schweren Behinderungen einen guten Start ins Leben haben. Heute fürchten viele Eltern in unserem Landesverband, dass diese bewährten Angebote in Gefahr sind. Sie fürchten, dass Inklusion als Sippprogramm gedeutet wird – und die Bedürfnisse ihrer Kinder mit schweren Behinderungen vergessen werden. Dagegen wehren wir und sie uns heftig! Wir stehen für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Wir fordern daher mehr barrierefreie Gebäude, Busse & Bahnen. Es muss ebenso normal sein, mit Unterstützter Kommunikation oder in Leichter Sprache zu reden wie andere in Mundart.

■ Inklusion

Landesverband fordert Miteinander von Barrierefreiheit und Denkmalschutz

Stuttgart, Burgen und Schlösser, Kirchen und Klöster, aber auch Limes (Römer) oder Hesselgraben (Kelten) sind kulturelle Zeugnisse in Baden-Württemberg. Doch häufig sind die Kulturdenkmale vor allem für Menschen im Rollstuhl nicht zugänglich. Das muss sich rasch ändern.



Leider nicht für Rollstühle zugänglich: neu gebaute Limes-Aussichtsplattform in Fleckbach-Gleichen. Ganz anders bei der Wallhalla, der Ruhmes- und Ehrenhalle bei Regensburg an der Donau. Eine moderne Rampe ermöglicht den barrierefreien Zugang in das bayerische Kulturdenkmal.

„Landesverband fordert Miteinander von Barrierefreiheit und Denkmalschutz“

In unserer Winterausgabe Nr. 35 berichteten wir über ein altes – und doch immer wieder neues – Streitthema: Barrierefreiheit trifft Denkmalschutz. Die Forderungen „umfassende Barrierefreiheit“ und „möglichst originalgetreues Erhalten des zu schützenden Kulturgutes“ müssen zusammenkommen – und dafür setzen wir uns ein. Unter der Überschrift „Lasst uns einen Arbeitsplatz erfinden!“ berichteten wir über unsere Fachtagung. Wir informierten über die Unterschriftensammlung für den Erhalt der Sonderschulen als Angebotsschulen in einer inklusiven Schullandschaft und berichteten über die Schwierigkeiten bei der Notengebung im Unterrichtsfach „Sport“. Weitere Themen waren Neuerungen in der Pflegeversicherung, bei der Grundversicherung und in der Landesbauordnung, die Öffentlichkeitskampagne „DUICHWIR“ des Landes, Jubiläen sowie über den Umzug des Landesverbandes.

Newsletter

Über die Internetseite des Landesverbandes kann der lvkm-newsletter bezw. abbestellt werden. Er erscheint jeden Freitag. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 45 Ausgaben an rund 900 direkte Abonnenten versandt. Viele Abonnenten leiten den lvkm-newsletter an interne Verteiler (z.B. Kollegen / Mitarbeiter der Einrichtungen und Behörden, Elternvertreter an Schulen, Vereinsmitglieder) weiter. Der lvkm-newsletter richtet sich an Menschen mit Behinderung und deren Familien, Verantwortliche in Mitgliedsorganisationen, Partner in Politik, Verwaltung und Verbände.

Die Themen, über die wir berichteten, sind so bunt wie das Leben mit Behinderung. In über 200 Artikeln informierten wir kurz und knapp über Vorhaben der Politik, Urteile, Hilfsmittel, Veranstaltungen. Die bunte Mischung der Themen sorgt dafür, dass alle Leser im Laufe des Jahres interessante Informationen erhalten, die sie für ihren Alltag verwenden können.

LVKM zum Anklicken

www.lv-koerperbehinderte-bw.de

Fast 80 Prozent der Bevölkerung sind laut ARD/ZDF-Online-Studie 2014 online. Sie nutzen das Internet häufiger und vielfältiger. Das Internet wird unterwegs mobil genutzt und stationär zuhause oder bei der Arbeit. Daher ist eine aktuelle und informative Präsenz im Internet auch für den Landesverband unerlässlich. Im Berichtsjahr hat der Landesverband daher seine Internetauftritte konsequent erweitert.

Unsere Statistik 2014:

Durchschnittlich wurden monatlich 25.382 Seitenabrufe (Vorjahr: 25.083) registriert, im Berichtsjahr insgesamt 304.588 Seitenabrufe (Vorjahr: 301.005). Dies entspricht einer täglichen Besucherzahl von durchschnittlich 834 (Vorjahr: 825). Im Berichtsjahr 2014 wurden insgesamt 112.640 Sessions (Vorjahr: 88.666) gezählt. Im Monat 9.386 (Vorjahr: 7.388) und am Tag 309 (Vorjahr: 243).

www.kochen-kann-ich-auch.de



„Auf eigenen Füßen stehen - Koch- und Haushaltstipps für selbständiges Wohnen“

„... aber ich kann doch gar nicht kochen...“
Alle Welt redet vom selbst bestimmten Leben trotz Behinderung. Wir auch. Doch dann gibt es die kleinen und großen Steine, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Menschen mit schweren Behinderungen, die frage werden wollen und von zuhause in eine anbaufähige betreute Wohnung ziehen wollen, erzählen von ihren Ängsten und Sorgen. ... aber ich kann doch gar nicht kochen“, war eine der Sorgen. Und da gab es die Eltern, vor allem die Mütter, die sich nicht vorstellen konnten, dass ihr behandeltes Kind erwachsen wurde und – wie zuvor schon die nicht behinderten Geschwister – auch ausziehen und ein eigenes Leben führen würden. Ihr Einwand: ... aber Du kannst doch gar nicht kochen“ sollte das Kind zum Verbleib im „Hotel Mama“ bewegen. Erwachsene werden, selbständig sein – sieht anders aus. Und genau hier setzt unser Projekt „Auf eigenen Füßen stehen - Koch- und Haushaltstipps für selbständiges Wohnen“ an. ... = Das Projekt



Die Internetseite informiert über das – abgeschlossene - Projekt „Auf eigenen Füßen stehen“. Die Rezepte stehen zum download zur Verfügung.

www.rollstuhlwandern-in-bw.de

Rollstuhlwandern in Baden-Württemberg

Grüßwort · Unsere Kriterien · Wandertouren · Die Wandertipps · Wanderfakts · Impressum · Facebook

Der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg präsentiert:
www.rollstuhlwandern-in-bw.de

Liebe Wanderfreunde mit und ohne Behinderung,

... das Wandern ist das Mökers Lust...“ heißt es in einem bekannten Volkslied. Wandern liegt auch heute noch voll im Trend und es ist allen Altersstufen an. Wandern ist ein Freizeitvergnügen, das zu jeder Jahreszeit Spaß macht und nicht viel kostet. Für uns als Selbstbehindernde von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung und ihren Familien ist es wichtig, dass weder geliebte Menschen noch Menschen im Rollstuhl vom Abenteuer Natur ausgeschlossen werden.

Naturschutzgebiete haben schon immer im Alltag vielfältige Barrieren zu überwinden. Steile oder moosige Wege, schmale Pfade oder steile Treppen sind unüberwindliche Hindernisse und lassen die „Anleitung im Einsatz“ eines Wanderspezialisten scheitern. Dies muss nicht sein. Wir machen es uns zur Aufgabe, rollstuhlgerechte Wanderwege in Baden-Württemberg zu planen und zu veröffentlichen. Seit 2007 werden unsere Engagierten, Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg, 2003 die Fortsetzung „Landluft – wandern rollend mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg“, wir haben mit Hilfe unserer Mitgliedsgemeinden, den Gemeinden sowie unserer Naturfreunde mit und ohne Behinderung jetzt über 100 geeignete Wandertipps für Rollstuhlfahrer gesammelt.

Alle die Wandertipps können auf www.rollstuhlwandern-in-bw.de heruntergeladen und gedruckt werden. Sie sind in einer guten Formateinstellung. Sorgen es uns um die Natur!

Seit 2011 ist die Seite www.rollstuhlwandern-in-bw.de mit vielen Tourentipps für Wanderungen mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg online.

Der Landesverband wurde für dieses Projekt mit dem Landesinklusionspreis Baden-Württemberg 2014 ausgezeichnet und wurde zudem ein „anerkannter Ort im Land der Ideen 2014 / 2015“.

www.ziel-barrierefreiheit.de



Seit Jahrzehnten engagiert sich der Landesverband für eine umfassende Barrierefreiheit. Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai bot die Chance, mit Unterstützung der AKTION MENSCH die Kampagnenseite www.ziel-barrierefreiheit.de im responsiven Design zu gestalten. Präsentiert werden insgesamt vierzehn konkrete Handlungsfelder zur konsequenten Umsetzung von Barrierefreiheit. Es geht um Einkaufen, Sprache, Nahverkehr, Fluchtwege, Schwimmen, Gärtnern, Essen & Trinken, Toiletten, gemeinsames Spielen und mehr.

Facebook

Seit 2012 ist der Landesverband mit zwei Profilen auf facebook vertreten. Mit der Themenseite zum Wandern www.facebook.com/rolliwandern sowie www.facebook.com/lvkmmbw für den Landesverband allgemein.



Um die Vorgaben des Datenschutzes zu erfüllen, ist die Facebookseite für alle Internetnutzer sichtbar, aber nur diejenigen, die ein eigenes Profil auf facebook haben – also dort selbst angemeldet sind – können die Seite interaktiv nutzen.

Die Nutzung sozialer Netzwerke ist im Alltag für viele selbstverständlich. Der Landesverband nutzt Facebook, um über aktuelle Projekte zu informieren und mit den Nutzern ins Gespräch zu kommen. Zum Jahresende 2014 hatte die LVKM-Seite 273 Fans und die Seite Rollstuhlwandern 100 Fans. Die wöchentliche Reichweite schwankt und ist stark abhängig von den Beiträgen, die gepostet werden. Festzustellen ist, dass der Landesverband über Facebook seinen Bekanntheitsgrad steigern kann und auch viele Nicht-Mitglieder auf diesem Wege erreicht.

Videoplattform YouTube

Seit August 2013 unterhält der Landesverband einen eigenen Kanal auf der Videoplattform YouTube. Zu sehen sind hier einzelne Beiträge aus Veranstaltungen. Eine intensive Nutzung dieses Ausspielweges erfolgte bislang aufgrund der knappen Ressourcen noch nicht. Das Videoangebot gibt es unter <https://www.youtube.com/channel/UCtUkzc4GyQqnH99gETdzIFw>

IV. Inhaltliche Schwerpunkte

Teilhabe und Selbstbestimmung Umsetzung der UN-BRK

Seit 26. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in Deutschland in Kraft. Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, wie sie sich im Alltag auf Menschen mit Behinderung auswirken („disability mainstreaming“). Die Leitlinien heißen dabei volle und uneingeschränkte Teilhabe (= Inklusion), Nicht-Diskriminierung und Zugänglichkeit (im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit).

Unser Landesverband hat seine inhaltliche Arbeit konsequent an den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ausgerichtet. Im Einzelnen:

Landesaktionsplan BW zur Umsetzung der UN-BRK

Die Ergebnisse eines groß angelegten Beteiligungsprozesses wurden in einem Abschlussbericht zusammengefasst und am 28. Januar 2014 dem Landesbehindertenbeirat vorgestellt und im Anschluss mit den Beschlussempfehlungen des Landesbehindertenbeirates an die Landesregierung weitergeleitet. Der Landesverband – und andere im Landesbehindertenbeirat vertretenen Organisationen – nutzten die Gelegenheit, die Ergebnisse aus verbandlicher Sicht zu bewerten und zu ergänzen.

Inklusion kann nur gemeinsam gelingen. Eine frühzeitige Beteiligung der Betroffenen als „Experten in eigener Sache“ sowie eine umfassende Barrierefreiheit sind aus Sicht des Landesverbandes Faktoren für eine gelingende Inklusion. Ausführlich ging der Landesverband in seiner Stellungnahme auf die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Erziehung Bildung“, „Arbeit“, „Wohnen“, „Gesundheit“ sowie „Kultur, Freizeit, Sport und Erholung“ ein.

Die Landesregierung hat – wie im Zeitplan vorgesehen – im Sommer 2015 den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK vorgestellt.

Der Landesverband hat die Telefonnummer des Hilfefonns auf der Internetseite verlinkt, um auch auf diese Weise Betroffenen einen kurzen Weg zur Hilfe geben zu können.

Der Landesverband beteiligt sich zudem an Gesprächsrunden und Veranstaltungen, die das Ziel haben, Kinder, Jugendliche und Frauen mit Behinde-

rung vor (sexualisierter) Gewalt zu schützen. So hat sich der Landesverband bei einer Fachveranstaltung am 23. April 2013 in Stuttgart beteiligt.

Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes BW

Ziel der Neufassung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes ist, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dieses Ziel hat die grün-rote Landesregierung im Koalitionsvertrag verankert. Aus Sicht der Landesregierung ging das seit 3. Mai 2005 geltende Landesbehindertengleichstellungsgesetz nicht weit genug.

Im März 2014 hat das Sozialministerium Baden-Württemberg Eckpunkte für ein neues Gesetz vorgelegt. Wesentliche Neuerung war die geplante verpflichtende Einrichtung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten in den Stadt- und Landkreisen, um so die Interessensvertretung der Menschen mit Behinderung vor Ort zu stärken und die Umsetzung der UN-BRK voranzubringen. Das Land erkannte das sog. „Konnexitätsprinzip“ an und erklärte, den Stadt- und Landkreisen einen finanziellen Ausgleich zu zahlen. Das Land rechnete hierfür mit Gesamtkosten von rund 2,8 Millionen Euro. Der Landesverband nahm ausführlich zu den Eckpunkten Stellung.

Im Juli 2014 legte die Landesregierung den endgültigen Gesetzentwurf vor. Dabei geschah etwas Ungewöhnliches. Der vom Sozialministerium federführend aufgestellte – und mit den anderen Landesministerien abgestimmte – Gesetzentwurf wurde nach der Intervention des Staatsministeriums von

der Tagesordnung der Kabinettsitzung abgesetzt. Grund hierfür war die Verpflichtung, hauptamtliche Behindertenbeauftragte in den Stadt- und Landkreisen bestellen zu müssen. Dieser ungewöhnliche Vorgang führte dazu, dass der Chef des Staatsministeriums, Staatssekretär Klaus-Peter Murawski, sämtliche Selbsthilfeverbände auf Landesebene – auch uns – anrief, um den Vorgang zu erklären und zu versichern, dass die Landesregierung uneingeschränkt zu einer Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes stehe. Auf Drängen des Staatsministeriums wurde die vorgesehene Verpflichtung zur Bestellung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten abgewandelt in die Verpflichtung, in den Stadt- und Landkreisen Behindertenbeauftragte im Haupt- oder im Ehrenamt zu bestellen. „Auslöser“ dieser Debatte war die Landeshauptstadt Stuttgart, die sich für die ehrenamtliche Lösung stark machte.

Der Landesverband nahm schriftlich ausführlich Stellung und forderte weitere Verbesserungen bei der Herstellung der Barrierefreiheit, die frühzeitige und umfassende Beteiligung der Behindertenbeauftragten und der Behindertenbeiräte bei allen Gesetzgebungsverfahren (und nicht nur „soweit die spezifischen Belange der Menschen mit Behinderungen betroffen sind“), die Erweiterung des Verbandsklagerechts von der reinen Feststellungsklage auf eine Verpflichtungsklage sowie die Erweiterung um Regelungen zu Zielvereinbarungen entsprechend der bundesgesetzlichen Möglichkeiten.

Unter dem Motto „Teilhabe – jetzt! Das L-BGG aus der Sicht von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung und ihren Familien“ nahm der Landesverband in der öffentlichen Anhörung

im Sozialausschuss des Landtags von Baden-Württemberg am 20. November 2014 mündlich Stellung. Ein paar Anregungen wurden in den Gesetzentwurf noch aufgenommen. Der Landtag hat am 17. Dezember 2014 das neue Landesbehindertengleichstellungsgesetz beschlossen. Es trat am 1. Januar 2015 in kraft.

Artikel 9 VN-BRK: Zugänglichkeit

„Schon viel erreicht.

Noch viel mehr vor.“

Die durchgängige Barrierefreiheit ist unabdingbare Voraussetzung für die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen am Leben in der Gesellschaft. Deshalb engagiert sich unser Landesverband seit vielen Jahren für ein „Leben ohne Barrieren“. Mit Unterstützung der AKTION MENSCH stellte der Landesverband zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai eine Postkartenserie mit insgesamt 14 Motiven zur Barrierefreiheit vor.

Im Einzelnen:

- „Jede Barriere ist eine zu viel!“
- „Barrierefrei zum Arzt?!“
- „Ohne Lautsprache reden – barrierefrei!“
- „Barrierefreie Toiletten für alle“
- „Schwimmen – barrierefrei für alle!“
- „Barrierefrei durch den (Groß-)Stadtdschungel“
- „Barrierefrei unterwegs“
- „Barrierefrei Einkaufen?!“
- „Lust auf Genuss und Einkehr - barrierefrei?“
- „Barrierefrei mobil – Parkplätze“
- „Barrierefrei Gärtnern“
- „Barrierefreie Rettungswege für alle“

- „... nur eine kleine Stufe – barrierefrei?!“
- „Spielen – barrierefrei für alle“

Alle Postkartenmotive mit Erläuterungen zur Barrierefreiheit finden sich auch online auf der Kampagnenseite www.ziel-barrierefreiheit.de

Ausgezeichnet:

Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg

Das Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg“ wurde in 2014 zweimal ausgezeichnet.

Erstmals wurde ein Landesinklusionspreis Baden-Württemberg ausgelobt. Aus insgesamt 251 eingegangenen Bewerbungen in vier Kategorien wählte eine Jury 38 Projekte aus – und das Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ war dabei! In der Kategorie „Freizeit, Kultur und Sport“ erhielt das Projekt einen mit 1.000 Euro dotierten Anerkennungspreis. Das Preisgeld wurde verwendet, um die Internetseite in ein responsives Design umzubauen.

„Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“ lautete das Motto des bundesweiten Wettbewerbs „Land der Ideen 2014 / 2015“ bei dem sich über 1.000 Projekte beworben hatten. 100 Preisträger wurden ausgesucht – und der Landesverband war mit dem Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ dabei! Im November 2014 fand die bundesweite Preisverleihung in den Räumen des Sponsors Deutsche Bank in Frankfurt am Main statt – und im März 2015 folgte die Preisverleihung vor Ort in Stuttgart.

Gemeinsames Positionspapier: Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sicherstellen

Apotheken stellen die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicher. Flächendeckend, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr. In einem gemeinsamen Positionspapier der Landesapothekenkammer und unseres Landesverbandes wurden Positionen zur Barrierefreiheit der Apotheken formuliert. Sofern sich eine bauliche Barrierefreiheit im begründeten Einzelfall nicht herstellen lässt, kann Barrierefreiheit auch organisatorisch hergestellt werden. Entscheidend ist, dass mobilitätseingeschränkte Menschen ordnungsgemäß mit Arzneimitteln versorgt werden können.

Zielvereinbarung über barrierefreie Dienstleistungen mit dem Sparkassenverband Baden-Württemberg

Bei einer Informationsveranstaltung „Barrierefreie Dienstleistungen“ am 7. April 2014 in der neuen (barrierefreien) Sparkassenakademie Stuttgart wurden die Vertreter der Sparkassen über die Zielvereinbarung informiert und konnten in dem von den Selbsthilfeverbänden organisierten Praxis-Check vorhandene kleine und großen Barrieren im Alltag hautnah erleben. Die Arbeitsgruppe – bestehend aus Vertretern der Selbsthilfeverbänden und des Sparkassenverbandes – trafen sich im Berichtsjahr regelmäßig zum Austausch.



Der baden-württembergische Genossenschaftsverband (Dachverband der Volks- und Raiffeisenbanken) lehnt den Abschluss einer Zielvereinbarung nach dem Vorbild der Sparkassen ab.

Änderung der Landesbauordnung (LBO) sowie Einführung der Planungsgrundlage DIN 18040

Im Berichtsjahr wurde ausführlich die Änderung der Landesbauordnung sowie die verbindliche Einführung der Planungsgrundlage DIN 18040 beraten. Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 11. November 2014 die LBO-Änderung beschlossen. Diese trat zum 1. März 2015 in Kraft.

Parallel dazu wurden die DIN 18040 in die Liste der Technischen Baubestimmungen aufgenommen und am 17. Dezember 2014 im Gemeinsamen Amtsblatt veröffentlicht.

Beteiligungen an Planungen

Seit 1. Januar 2011 hat das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) das Bundesgesetz abgelöst. § 3 Ziffer 1 d LGVFG schreibt sowohl die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und mit Mobilitätseinschränkungen verbindlich vor als auch die Pflicht zur Anhörung.

Im Berichtsjahr 2014 war der Landesverband bei vielfältigen Projekten beteiligt. Zudem besteht eine auf Dauer angelegte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Baden-Württemberg zur Herstellung von Barrierefreiheit der Jugendherbergen. Außerdem fragen vie-

le Planverfasser, öffentliche und private Bauherren beim Landesverband an, wie Barrierefreiheit im Einzelfall gut umgesetzt werden kann.

Barrierefreiheit / Inklusion und Denkmalschutz?!

Die meisten Kulturdenkmale sind für Menschen im Rollstuhl nicht zugänglich. Dies muss sich nach Auffassung unseres Landesverbandes ändern. Im November 2014 hat der Landtag von Baden-Württemberg eine Änderung des Landesdenkmalschutzes beschlossen – ohne Aussagen zur Barrierefreiheit. Unser Landesverband hat daher kurzfristig vorgeschlagen, dem Vorbild des Freistaates Sachsen zu folgen und neu in das Gesetz aufzunehmen: „Die Belange von Menschen mit Behinderungen oder mit Mobilitätseinschränkungen sind zu berücksichtigen.“ Mit dieser Initiative kam der Landesverband zu spät, doch konnte er einen Achtungserfolg erzielen. Der zuständige Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beschloss „die Landesregierung zu ersuchen, die Umsetzung von Artikel 30 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch im Rahmen der Denkmalpflege besondere Beachtung zu schenken und dem Landtag vor der Sommerpause 2015 über die Bemühungen zu berichten.“



Artikel 20 VN-BRK

Mobilität

Projekt „Fahrrad2go“

Im Rems-Murr-Kreis wurde das Projekt „Fahrrad2go“ entwickelt. Neu daran ist die mögliche Mitnahme von Fahrrädern im Bus. Damit kann im Einzelfall ein Nutzerkonflikt „Rollstuhl – Fahrrad – Kinderwagen“ entstehen. Deshalb wurde bei einem Fachgespräch in Waiblingen mit allen Beteiligten ausgetestet, wie dieser etwaige Konflikt entschärft werden kann. Vertreter des Landesverbandes waren dabei als „Experten in eigener Sache“ im Einsatz.



Fahrrad und Rolli im Bus

Fahrgastbeirat

Baden-Württemberg

Der Fahrgastbeirat ist die Stimme der Bahnfahrer für den vom Land Baden-Württemberg bestellten Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Als Vertreter körperbehinderter Menschen wurde Willi Rudolf aus Mössingen berufen sowie als dessen Verhinderungstellvertreterin die Geschäftsführerin unseres Landesverbandes, Jutta Pagel-Steidl.

Artikel 19, 22, 23 VN-BRK

Unabhängige Lebensführung, Familie, Privatsphäre, Wohnen

„Wohnen heißt zuhause sein!“

Bereits im Sommer 2013 gab der Landesverband eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf des „Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes“ ab. Aus Sicht der Verbände hat der Gesetzentwurf der Landesregierung mehr Fragen als Antworten aufgeworfen. Der ursprüngliche Zeitplan der Landesregierung konnte dadurch nicht eingehalten werden. So musste die für den Herbst 2013 geplante Anhörung im Sozialausschuss des Landtags auf das Frühjahr 2014 verschoben werden. Der Landesverband war eingeladen, am 3. April 2014 im Sozialausschuss des Landtags ein Statement abzugeben. Dabei wurde erneut auf den „Webfehler“ - die schwierige Zuordnung der Menschen mit Behinderung, Pflege- und Unterstützungsbedarf in die vom Gesetzgeber gefundenen Kriterien zur Abgrenzung von Einrichtungen der „Altenhilfe“ und der „Behindertenhilfe“ - verwiesen. Das Gesetz ist inzwischen – mit geringfügigen Änderungen – in Kraft.

Bundesteilhabegesetz

Die angekündigte Reform der Eingliederungshilfe in einem neuen Bundesteilhabegesetz zählt auf Bundesebene zu den größten Herausforderungen in der Sozialpolitik. Die Bundesregierung hat ein neues Bundesteilhabegesetz für 2017 angekündigt und will dieses in einem groß angelegten Beteiligungsprozess auf den Weg bringen. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat deshalb die Verbände und Institutionen, die auf Bundesebene beteiligt

sind, zur Mitarbeit in einer begleitenden Arbeitsgruppe Baden-Württemberg eingeladen. Die Arbeitsplanung orientiert sich an den auf der Bundesebene vereinbarten Themen und Terminen. Der Landesverband wird durch seine Geschäftsführerin in der begleitenden Arbeitsgruppe Baden-Württemberg vertreten.

Artikel 24 VN-BRK Bildung

6.484 Unterschriften für den Erhalt von Sonderschulen!

Eine Abschaffung von Sonderschulen im Zuge der Inklusion kommt für viele Eltern von Kindern mit schweren Behinderungen nicht in Frage. Sie fordern, in einer inklusiven Schullandschaft die Sonderschulen als Angebotsschulen mit voller Ausstattung zu erhalten. Elternbeiräte von neun Sonderschulen für Körperbehinderte haben daher eine landesweite Unterschriftenaktion gestartet. Insgesamt kamen 6.484 Unterschriften zusammen. Die Elternbeiräte haben diese zusammen mit Vertretern des Landesverbandes im Oktober 2014 dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Stefan Fulst-Blei, überreicht. Dieser sagte den Eltern ein vertiefendes Gespräch im Vorfeld der geplanten Schulgesetzänderung zur Inklusion zu. Das zugesagte Gespräch fand Anfang 2015 statt.

Die Forderungen im Einzelnen:

- Die Sonderschulen als Angebotsschulen mit voller Ausstattung erhalten.
- Erhalt der vollständigen und fachlichen Ausbildung für Sonderpädagogen.

- Ein echtes Wahlrecht für Eltern und Kinder, ob Sonderschule oder Regelschule gewünscht wird.
- Differenzierte Schulausbildung nach persönlichem Bildungsplan für Kinder mit Förderbedarf und daneben zielorientierte Schulbildung für Kinder an weiterbildenden Schulen.
- Vorbereitung der Kinder auch auf das Leben nach der Schule.

Schüler mit Behinderung im Sportunterricht

Im Berichtsjahr 2014 wurde erstmals die Benotung der Leistungen der Schüler mit Körperbehinderung im Sportunterricht ausgesetzt. Die Schulverwaltung teilte mit, dass ein Nachteilsausgleich – z.B. in Form von Alternativaufgaben – nicht zulässig sei. Diese Entscheidung traf bei Schülern, Eltern und Lehrern auf Unverständnis. Besonders betroffen waren Schüler mit Behinderung in der Oberstufe des Gymnasiums zuges der Stephen-Hawking-Schule Neckargmünd. Eine öffentliche Beratung im Schulausschuss des Landtags brachte kein Ergebnis. Kultusminister Stoch erklärte, dass das Thema grundsätzlich in der Kultusministerkonferenz beraten und entschieden werden solle.

Schulbegleiter - Entwicklung eines interdisziplinären Curriculums als Beitrag zur Inklusion

Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie / Psychotherapie der Universität Ulm hat den Zuschlag für das Projekt „Schulbegleiter“ erhalten, das von der Baden-Württemberg Stiftung. Ziel des Projektes ist es, ein Curricu-

lum für Schulbegleiter zu formulieren. Für die Laufzeit des Projektes wurde ein Praxisbeirat berufen, in dem der Landesverband durch seine Geschäftsführerin vertreten ist.

Artikel 26 VN-BRK

Gesundheit

Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderungen

Mund- und Zahngesundheit ist gerade für Menschen mit Behinderung ein wichtiges – aber oft vernachlässigtes – Thema. In 2014 stand die Mund- und Zahngesundheit behinderter Menschen im Mittelpunkt des Weltzahnärztekongresses in Berlin. Unser Landesverband war eingeladen, im Begleitprogramm des Kongresses Einblicke in die Lebenswelten von Menschen mit Behinderungen zu geben. Dabei konnten einige Kontakte geknüpft werden. Beeindruckend war der Besuch einer Fachausstellung zur entsprechenden Ausstattung von Zahnarztpraxen.

Patientenbeteiligung nach

§ 140 f SGB V

Auf der Grundlage der §§ 140 f und g SGB V wurde am 19. Dezember 2003 die Rechtsverordnung zur Beteiligung von Patientinnen und Patienten in der Gesetzlichen Krankenversicherung vom Bundesrat verabschiedet. Darin werden Kriterien für die zur Vertretung von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen legitimierten Organisationen definiert und eine Liste dieser maßgeblichen Organisationen (u. a. alle im Deutschen Behindertenrat vertretenen Organisationen) benannt. Diese Organisationen haben den Auftrag

erhalten, sachkundige Personen zur Wahrnehmung der in § 140 f SGB V genannten Mitberatungsrechte einvernehmlich zu benennen. Der Benennung liegen Kriterien zugrunde wie Unabhängigkeit und Transparenz der entscheidenden Organisation und der sachkundigen Personen. Durch Beschluss des Vorstandes am 22. September 2004 erklärt der Landesverband, die „Leitsätze der BAG H für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen insbesondere mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie“ zu übernehmen.

Die Patientenbeteiligung in Form der Mitberatung ist gesetzlich verankert bei sog. Ermächtigungsanträgen (Krankenhausärzte, Einrichtungen) und Sonderbedarfsfragen (Spezialisten, Schwerpunktpraxen). Der Bedarf muss vorab festgestellt sein.

Vorstandsmitglied Armin Bönisch nimmt als sachkundige Person für unseren Landesverband die Aufgaben der Patientenvertretung im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg wahr.

Artikel 29, 30 VN-BRK

Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, Freizeit, Kultur und Sport

„Gemeinsam sind wir bunt.“

Engagementstrategie

Baden-Württemberg

Der Landesverband arbeitete intensiv am Handlungsfeld „Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderun-

gen“ im Rahmen der Engagementstrategie Baden-Württemberg mit. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und deren Bewertung wurden in einer Dokumentation „Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln“ zusammengefasst und bei der Auftaktveranstaltung mit über 300 Gästen unter dem Motto „Gemeinsam sind wir bunt“ im Juni 2014 in Stuttgart (zusammen mit dem dazugehörigen Förderprogramm) vorgestellt. Ziel ist es u.a., neue Ehrenamtliche zu finden.

Die Engagementstrategie sowie eine Kurzfassung in Leichter Sprache stehen unter www.sozialministerium-bw.de als download zur Verfügung.

Medienpolitik:

Landesverband fordert Korrektur des Rundfunkbeitrages

Für viele Menschen mit Behinderungen brachte die Reform der Rundfunkfinanzierung zum 1. Januar 2013 eine finanzielle Verschlechterung. Bis zum 31. Dezember 2012 waren Menschen mit Behinderungen, denen im Schwerbehindertenausweis das Merkmal „RF“ (= „Personen, die wegen ihres Leidens an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können“) zuerkannt, von der Rundfunkgebührenpflicht befreit. Dieser Nachteilsausgleich wurde mit Einführung des Rundfunkbeitrages – bis auf sehr wenige Ausnahmen – aufgehoben. Der Gesetzgeber hat diesen Schritt mit dem Hinweis auf die Rechtssprechung des Bundessozialgerichtes (Urteil vom 28. Juni 2000, B9 SB 2/00 R) begründet. Ein Jahr nach Einführung des Rundfunkbeitrages forderte der Landesverband eine gezielte Korrektur des Rundfunkbeitrages zum Wohle der

Menschen mit Behinderungen. Aus Sicht des Landesverbandes müssten deutliche Anstrengungen unternommen werden, das gesamte Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten barrierefrei zu gestalten.

Der Landesverband lehnte die in die medienpolitische Diskussion eingebrachte Senkung des allgemeinen Rundfunkbeitrages um 73 Cent ab.

Die ausführliche Stellungnahme des Landesverbandes ist abrufbar unter <http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de/pdf/lvkm-rundfunkbeitrag-2014.pdf>

V. Außenvertretungen, Gremien, Mitgliedschaften



Der Landesverband arbeitet in einer Reihe von Gremien mit, um die Anliegen von körper- und mehrfachbehinderten Menschen zu vertreten:

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.

- Bundesvorstand (unser Landesvorsitzender Hans Ulrich Karg war ab Herbst 2002 bis Herbst 2014 Mitglied des Bundesvorstandes).
- Bundesausschuss („Länderkammer“)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg e.V.

- Fachgruppe Behindertenhilfe (die Geschäftsführerin ist gewählte Fachgruppenvorsitzende)
- Kernteam 3 „Menschen mit Behinderung“
- Beirat (als gewählte Fachgruppenvorsitzende Behindertenhilfe ist unsere Geschäftsführerin zugleich Beiratsmitglied im Paritätischen)

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Baden-Württemberg

- Koordinationstreffen Patientenvertreter nach § 140 f SGB V.

Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte Baden-Württemberg

Die Satzung sieht vor, dass die Verbände der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen der LAG Pflegestützpunkte beitreten können. Unser Landesverband ist seit 2010 Mitglied in der LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg. Die Mitgliedschaft beinhaltet ein Anhörungsrecht, aber kein Stimmrecht. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Unser Landesverband wird in der Mitgliederversammlung durch die Geschäftsführerin vertreten.

Widerspruchsausschuss gem. § 119 SGB IX beim Integrationsamt des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Auf Vorschlag des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg ist unsere Geschäftsführerin stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied. In der Hauptsache geht es im Widerspruchs-

ausschuss um Kündigungsverfahren, bei denen schwer behinderte Arbeitnehmer betroffen sind.

Landespflegeausschuss
Baden-Württemberg

Für die Amtsperiode 2013 bis 2016 ist unsere Geschäftsführerin auf Vorschlag unseres Vorstandes und des Landesverbandes Lebenshilfe erneut Mitglied für die Verbände der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen im Landespflegeausschuss. Auf Vorschlag der Betroffenenverbände wurde die Geschäftsführerin vom Landespflegeausschuss zur Beisitzerin gewählt (Hauptaufgabe ist, die jeweilige Tagesordnung im Vorfeld abzustimmen). Es findet eine enge inhaltliche Abstimmung zwischen den Betroffenenverbänden (insbesondere Sozialverband VdK, LAG Selbsthilfe, LV Lebenshilfe, Landesseniorenrat) statt.

Teilhabeausschuss

Baden-Württemberg

Die Teilhabe schwer behinderter Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf braucht ein tragfähiges Netzwerk unterschiedlicher Partner. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg ergriff daher die Initiative und gründete ein landesweites Netzwerk, den Teilhabeausschuss Baden-Württemberg. Dort arbeiten u. a. Vertreter der Agentur für Arbeit, des Kultusministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Freien Wohlfahrtspflege sowie der Behindertenselbsthilfeorganisationen mit. Unser Landesverband wird durch die Geschäftsführerin vertreten.

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg: Patientenvertretung im Zulassungsausschuss Ärzte

Seit 2005 nimmt Armin Bönisch (Schrozberg) für unseren Landesverband als sachkundige Person die Mitberatungsrechte nach § 140 f SGB V bei der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg – Zulassungsausschuss Ärzte wahr.

Die Koordinierung der Patientenbeteiligung auf Landesebene übernimmt die LAG Selbsthilfe.

Landesbehindertenbeirat Baden-Württemberg

Unter der Leitung des Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen tagt der Landesbehindertenbeirat zwei bis drei Mal jährlich. Im Mittelpunkt steht die Arbeit an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg. Die Geschäftsführerin unseres Landesverbandes ist Mitglied im Landesbehindertenbeirat.

Fahrgastbeirat für den schienengebundenen Personennahverkehr B-W

Unter der Leitung von Verkehrsminister Herrmann wurde der Fahrgastbeirat eingesetzt. Willi Rudolf vertritt dort die Interessen körperbehinderter Menschen sowie Jutta Pagel-Steidl als Verhinderungsstellvertreterin.

Südwestrundfunk (SWR):

Rundfunkrat

Für die Amtsperiode 2013 bis 2018 vertritt unsere Geschäftsführerin die

baden-württembergischen Behindertenorganisationen im Rundfunkrat bzw. Landesrundfunkrat Baden-Württemberg des Südwestrundfunks (SWR). Sie arbeitet mit: im Fernsehausschuss, im Telemedienausschuss sowie im Ausschuss Recht und Technik (stellvertretende Vorsitzende). Sie vertritt zudem als stellvertretendes Mitglied den SWR im ARD-Programmbeirat.

Nach dem in 2014 neuen SWR-Staatsvertrag wird die laufende Amtsperiode auf insgesamt 2 ½ Jahre verkürzt und endet zum 30. Juni 2015.

Neben den allgemeinen Aufgaben (wie Programmbeobachtung, Verabschiedung Haushaltsplan und der Entgegennahme des Rechnungsabschlusses) engagiert sich Jutta Pagel-Steidl für eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere beim SWR.

Bei der Mitgliederversammlung der LAG SELBSTHILFE Baden-Württemberg sowie im Infobrief „Neues aus dem SWR-Rundfunkrat“ informiert sie die Behindertenorganisationen ausführlich über ihre Arbeit. Dieser ist auch auf der Internetseite des Landesverbandes (unter download – Jahresrückblicke) abrufbar.

Mitgliedschaften bestehen ferner bei:

- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
- Deutsches Jugendherbergswerk, Detmold.

Über die formalen Außenvertretungen und Mitgliedschaften hinweg pflegt der Landesverband den Dialog mit den unterschiedlichsten Organisationen und Institutionen auf der Landesebene, wie

z.B. den Landtagsfraktionen, den Fachministerien (v. a. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur), den kommunalen Spitzenverbänden, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales, den gesetzlichen Krankenkassen Baden-Württemberg, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege u. ä. Eine gute Zusammenarbeit besteht zudem mit der Landes Zahnärzte- sowie der Landesapothekenkammer, dem Landesgesundheitsamt sowie dem Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald und vielen anderen.

Diese Kontakte sind unverzichtbar, um eine nachhaltige Verbesserung der Lebenschancen von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen zu erreichen. Gleichzeitig eröffnen die Kooperationen mit anderen Stellen eine hohe Aufgabenerfüllung bei optimalem Einsatz der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen des Landesverbandes. Die Kontakte bieten gute Chancen, die Belange von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung in die Gesellschaft hineinzutragen – ganz im Sinne von Inklusion.

VI. Ausblick(e)



Unser Leitmotiv „Gemeinsam stark mit Behinderung“ ist uns Auftrag und Verpflichtung, uns auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft einzubringen. Wir werden daher konstruktiv und kritisch zugleich den Landesaktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen begleiten. Wir werden uns ebenso einmischen in die weitere Debatte um die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes. Wir werden unsere Stimme erheben, damit die Belange der Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen nicht vergessen werden. Eine umfassende Teilhabe gibt es nicht zum Nulltarif!

Mit einer großen Öffentlichkeitskampagne will die Landesregierung Baden-Württemberg gemeinsam mit dem kommunalen Spitzenverbänden, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und der LAG SELBSTHILFE als Dachverband der Selbsthilfeverbände behinderter und chronisch kranker Menschen den Inklusionsgedanken ins Land tragen. Möge dies gut gelingen!

Es sind viele kleine und große Schritte notwendig, damit Inklusion für alle gelingt. Inklusion geht alle an. Zur Umsetzung bedarf es eines starken Netzwerkes und viele einzelne Förderer. Wir setzen auch künftig auf Ihre Unterstützung! Bleiben Sie uns gewogen!

Stuttgart, im November 2015/vs.

„Tu etwas Gutes, wo immer Du bist. Es sind all die Kleinigkeiten, die zusammen die Welt verändern.“

Desmond Tutu
südafrikanischer Theologe und
Friedensnobelpreisträger (geb. 1931)

Terminübersicht 2014



Januar

08. Seminar „Horizont – Projekttreffen“, Stuttgart
16. Arbeitsgruppe „Zielvereinbarung Barrierefreiheit Sparkassenverband“, Stuttgart
25. Liberaler Bildungstag 2014 „Inklusion und Schule – Wege zu mehr Wahlmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen“, Stuttgart
28. Vorbereitung Fachtag „Persönliches Budget“, Stuttgart
29. LVKM-Vorstandssitzung, Stuttgart

Februar

07. Offizielle Eröffnung des Paritätischen Mehrgenerationenzentrums (PMGZ) mit Landesgeschäftsstelle des Paritätischen BW, Stuttgart
10. CDU Stadtverband Beilstein: Informationsabend „Barrierefreie Gemeinde“ - Vortrag und Diskussion mit LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Beilstein
17. Vorbereitung Fachtag „Persönliches Budget“, Stuttgart
19. Seminar „Horizont – Projekttreffen“, Stuttgart
24. DPWV-Kernteam 3 „Menschen mit Behinderung“ im Austausch mit dem Landesbehindertenbeauftragten, Reutlingen
25. Baden-Württemberg Stiftung: 2. Sitzung des Praxisbeirats des Projekts „Schulbegleiter“, Ulm

März

10. Gemeinschaftsstand der Behindertenselbsthilfe Baden-Württemberg beim 23. Reha-Kolloquium „Arbeit – Gesundheit – Rehabilitation“ (DRV Bund, DRV BW, Dt. Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften), Karlsruhe
11. Landesbehindertenbeirat Rheinland-Pfalz – „Impulsvortrag „Barrierefreiheit im SWR“ durch Rundfunkrätin und LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Mainz
12. Landkreis Reutlingen: Auftaktveranstaltung „Inklusionskonferenz“, Bad Urach
14. Arbeitsgruppe „Zielvereinbarung Barrierefreiheit Sparkassenverband“, Stuttgart
- 14./15. BVKM-Bundesausschuss, Karlsruhe
17. Projekt „Horizont“ - Redaktionskreis, Stuttgart
28. Reha Südwest / Paritätischer: Gemeinsamer Jahresempfang „Gesundheitliche Chancengleichheit – Befunde und Perspektiven für die Zukunft“, Karlsruhe
- 27./29. BVKM-Fachtagung „Schülerinnen und Schüler mit hohem Unterstützungsbedarf und ihr Platz in einer inklusiven Schullandschaft“, Weimar

April

01. LAG Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte, Stuttgart
03. Sozialausschuss des Landtags von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung zum Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG), Stuttgart
05. LVKM-Vorstandsklausur, Stuttgart
07. Informationstag Sparkassenverband Baden-Württemberg „Barrierefreie Dienstleistungen“, Stuttgart
08. LVKM-Wohnstättenkonferenz, Weingarten
24. SWR-Fernsehteam zu Gast beim Landesverband zum Thema „Recht auf Sparen / Bundesteilhabegesetz“, Stuttgart
25. Ausstrahlung des SWR-Beitrages „Selbstbestimmung statt Sparverbot“ in der SWR Landesschau Baden-Württemberg aktuell
28. Projekt „Horizont“ - Redaktionskreis, Stuttgart

29. CDU-Stadtverband Bad Rappenau: Informationsabend „Barrierefreie Gemeinde“ - Vortrag und Diskussion mit LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Bad Rappenau

Mai

03. „Schon viel erreicht. Noch viel mehr vor“ - Familien- und Spielfest für alle mit KBV Stuttgart und LVKM, Stuttgart-Vaihingen
05. FDP Stadtverband Metzingen: Informationsabend „Barrierefreie Gemeinde“ - Vortrag und Diskussion mit LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Metzingen
07. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg, Stuttgart
07. Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Lahr: Impulsvortrag „5 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“ von LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Lahr
10. CDU-Ortsverband Schwaigern: „Ortsrundgang barrierefreie Gemeinde“ mit LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Schwaigern
20. Vorbereitung der Dialog-Veranstaltung „Barrierefreiheit im SWR“, Stuttgart
21. LVKM-Vorstandssitzung, Stuttgart
23. DPWV-Beiratssitzung, Stuttgart
28. DPWV-Fachgruppe „Behindertenhilfe“, Stuttgart

Juni

03. Fachtag „Persönliches Budget: Wie geht es weiter mit dem Persönlichen Budget in Baden-Württemberg?“, Stuttgart
05. DRK-Kreisverband Nürtingen-Kirchheim/Teck: Buchpräsentation „Hinter dem Horizont geht's weiter ... Meine Geschichte, Deine Geschichte“, Nürtingen
12. Landkreis Rems-Murr: Fachgespräch / Präsentation des Projekts „Fahrrad2go“, Waiblingen
23. Sozialministerium Baden-Württemberg: Auftaktveranstaltung „Engagementstrategie Baden-Württemberg“, Stuttgart
23. Projekt „Horizont“ - Redaktionskreis, Stuttgart
24. Arbeitsgruppe „Zielvereinbarung Barrierefreiheit Sparkassenverband“, Stuttgart

26. LWV.Eingliederungshilfe: Seminar „Meine Rechte und Pflichten als Heimbeirat“ (Teil 1), Reutlingen
28. Körperbehindertenverein Ostwürttemberg: Benefizkonzert der „Jungen Philharmonie Ostwürttemberg“ unter der Leitung von Benedikt Lika – Abschluss des 40-jährigen Vereinsjubiläums, Aalen
29. Haus Lebensheimat: Jubiläum 50 Jahre Lebensheimat, Löffingen
30. Stiftung Nikolauspflege: „Dialogkonferenz Inklusion – Impulsvortrag LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Schwäbisch Gmünd

Juli

02. LVKM-Vorstand, Stuttgart
03. Baden-Württemberg Stiftung: Offizieller Abschluss / Evaluation des Förderprogramms „Förderung der Selbständigkeit älterer Menschen mit Behinderung“, Stuttgart
03. Projekt „Horizont“ - Redaktionskreis, Stuttgart
06. Reha Südwest Hohenlohe – Ostwürttemberg: 40 Jahre Konrad-Biesalski-Schule, Wört
14. LVKM-AK Kindergarten, Weingarten
15. Sommertour AKTION MENSCH und Paralympics-Gewinnerin Andrea Rothfuss: „Barrierefreie Gemeinde“, Bad Saulgau
16. Preisverleihung „Kunst als Brücke – Landesweiter Kunstpreis für Menschen mit Behinderungen“, Böblingen
18. DPWV-Mitgliederversammlung „Zukunft gestalten – Verantwortung übernehmen“, Fellbach
18. Landesregierung Baden-Württemberg: Verleihung des 1. Landesinklusionspreises, Stuttgart
20. Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mannheim: 50 Jahre Jubiläum – Sommerfest, Mannheim
20. Landesgartenschau: Aktionstag „Miteinander in der Vielfalt auf der Landesgartenschau – Selbsthilfeverbände stellen sich vor“, Schwäbisch Gmünd
24. Landesbehindertenbeirat, Stuttgart
29. Regierungspressekonferenz mit Ministerpräsident Kretschmann und Kultusminister Stoch zum Thema „Kabinettsbeschluss - Eckpunkte zur Inklusion“, Stuttgart

August

Sommerpause

September

17. Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald: Informationsaustausch „Barrierefreiheit“, Murrhardt
17. AG „Selbst aktiv“ der SPD Baden-Württemberg: Seminar „Barrierefreiheit“ mit Impulsvortrag von LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Schwäbisch Hall
17. SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg: Bürgerempfang, Schwäbisch Hall
17. Agendagruppe Karlsbad: Infoabend „Auf dem Weg zur barrierefreien Gemeinde“ mit Impulsvortrag von LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Karlsbad
20. Körperbehinderten-Verein Stuttgart: „Wir sind 50 – was für ein Fest!“, Stuttgart
20. BVKM: Fachtagung „Was uns bewegt – was wir bewegen! Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“, Dresden
21. BVKM-Mitgliederversammlung, Dresden
23. Fachtagung „Alle inklusive?!“ - Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“ in Kooperation mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart-Hohenheim
24. Schulausschuss des Landtags von Baden-Württemberg: Öffentliche Beratung des Antrags „Sportunterricht für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher Behinderung“ (LT-Drs. 15/5068), Stuttgart

Oktober

01. LVKM-Vorstand, Stuttgart
03. XXII. Weltkongress der Internationalen Vereinigung zur Verbesserung der Mundgesundheit von Menschen mit Behinderungen (IADH) / Jahrestagung der AG „Zahnärztliche Behindertenbehandlung“ des Berufsverbandes Deutscher Oralchirurgen (BDO): Impulsvortrag „Lebenswelten von Menschen mit Behinderungen“ der LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Berlin
06. LVKM-AK „Kindergarten“, Stuttgart
06. Sozialministerium: 2. Sitzung der begleitenden AG Bundesteilhabegesetz Baden-Württemberg, Stuttgart

07. LAG Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte, Stuttgart
im Anschluss:
Landtag von Baden-Württemberg: gemeinsame Übergabe von 6.484 Unterschriften für den Erhalt von Sonderschulen an den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Stefan Fulst-Blei, Stuttgart
10. DPWV-Beiratssitzung, Stuttgart
12. Verein für Menschen mit Körperbehinderung / Spastikerverein Lörrach: 40 Jahre Jubiläum, Steinen
13. Landkreistag BW: 37. Landkreisversammlung „Landkreise – bewährte Mitgestalter in der Landespolitik“, Kehl am Rhein
14. LVKM-Wohnstättenkonferenz, Freiburg
14. Symposium Frühförderung Baden-Württemberg zum Thema „Frühförderung – Zugänglichkeit und Barrieren“, Stuttgart
18. LAG SELBSTHILFE BW: Mitgliederversammlung, Stuttgart
22. Landkreis Emmendingen: Informationsveranstaltung „Raum für alle – barrierefreier Verkehrsraum“, Impulsvortrag „barrierefreie Gemeinde“ von LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Emmendingen
- 23./24. LVKM Seminar „Alle inklusive – welche Schule ist die richtige für mein Kind mit Behinderung?“, Leinfelden-Echterdingen
- 28.10.-04.11.
Häuserinspektion, Roquetas de Mar

November

05. Ehrenamtliche Kassenprüfung, Stuttgart
11. Sozialministerium: 3. Sitzung der begleitenden AG Bundesteilhabegesetz Baden-Württemberg, Stuttgart
12. Land der Ideen / Deutsche Bank: Preisträgerempfang „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen: Innovationen querfeld-ein – ländliche Räume neu gedacht“, Frankfurt am Main
13. DPWV-Fachgruppe
„Behindertenhilfe“, Stuttgart
14. LAG Werkstufenlehrer der Schulen für Körperbehinderte: Impulsvortrag „Inklusion“ der LVKM-Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl, Markgröningen
15. LVKM-Mitgliederversammlung, Stuttgart
20. Sozialausschuss des Landtags von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung zum Landesbehindertengleichstellungsgesetz (L-GG), Stuttgart

26. Umzug LVKM-Geschäftsstelle

Dezember

02. Landesapothekenkammer Baden-Württemberg: Pharmazeutische Tafelrunde mit Landtagspräsident Guido Wolf MdL, Stuttgart
03. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg, Stuttgart
- 03- Sozialministerium: 4. Sitzung der begleitenden AG Bundesteilhabegesetz Baden-Württemberg, Stuttgart
08. Hochschule der Medien: „Accessibility Day – HoRaDs-Talk zur Barrierefreiheit mit Petra Clauss (Sozialministerium) und Jutta Pagel-Steidl (LVKM/DPWV), Stuttgart
10. LWV.Eingliederungshilfe: Seminar „Meine Rechte und Pflichten als Heimbeirat“ (Teil 2), Markgröningen
12. Südwestrundfunk (SWR): Dialog-Veranstaltung „Barrierefreiheit im SWR“, Mannheim
13. LAG SELBSTHILFE Baden-Württemberg: außerordentliche Mitgliederversammlung, Stuttgart
16. Nachbesprechung Fachtag „Persönliches Budget“, Stuttgart
18. Landesbehindertenbeirat Baden-Württemberg, Stuttgart

